

Forum Neue Politik der Arbeit

Workshop „Soziales Europa? Bestandsaufnahme und Perspektiven. Anforderungen an linke Europapolitik in Deutschland (Ergebnisprotokoll, 12./ 13.10.2007)

TeilnehmerInnen:

Frank Bsirske, Detlef Hensche, Pia Paust-Lassen, Wolfgang Pieper, Frank Schmidt-Hullmann, Dieter Scholz, Ottmar Schreiner, Sigrid Skarpelis-Sperk, Andreas Wehr, Frieder Otto Wolf, Doro Zinke.

Referate:

Andreas Wehr [Mitarbeiter der Fraktion der Linken (GUE/NGL) im EP] zur
ggw. Verfasstheit der EU (s. vorliegendes Ms.):

Das neue Modell der Sozialstaatlichkeit, wie es von linken und gewerkschaftlichen Kräften verlangt wird, setzt eine Veränderung der verfassungsrechtlichen Konstitution der EU voraus : Die EU, wie sie sich mit Unionsbürgerschaft und Grundrechtecharta darstellt, entspricht nicht dem modernen Modell des Sozialstaats, wie es sich nach 1945 in den westeuropäischen Mitgliedsstaaten entwickelt hat. Die Unionsbürgerschaft beschränkt sich auf die Abwehrrechte der klassischen Staatsbürger und die Grundrechtecharta stellt sich nicht den Herausforderungen durch Binnenmarkt, Einheitswährung und Big-Bang-Erweiterung, sondern geht stattdessen auf ein älteres Staatsmodell („Nachtwächterstaat“) zurück.

Frank Schmidt-Hullmann [IG BAU] zur gewerkschaftlichen Erfahrung:
Faktisch ist es der europäischen administrativen ‚Elite‘ gelungen, das zentrale Anliegen der Dienstleistungsrichtlinie fast ungeschmälert durchzusetzen: Die Revision sämtlicher vorliegender Rechtsbestände unter dem Gesichtspunkt der Marktcompatibilität, wobei das zentrale Instrument der Zwang zur Anerkennung des jeweils vorliegenden niedrigsten Standards bildet und damit nahezu automatisch eine Harmonisierung in Richtung niedriger Standards auslöst. Jetzt geht es darum, den unvermeidlich gewordenen Anpassungsprozess zu ‚politisieren‘ und denkbare Gestaltungsspielräume auszuloten und aktiv zu nutzen. Die schwierig zu klärende Frage wird dabei sein, an welchen konkreten Konflikten – von der Kommunalpolitik über die Handwerksordnung bis zum Betriebsverfassungsrecht – derartige Auseinandersetzungen schwerpunktmäßig zu führen sind. Eine DGB-Arbeitsgruppe hat an dieser Frage die Arbeit aufgenommen.

Die Frage der Schaffung europäischer Handlungsstrukturen seitens der Gewerkschaften sollte in ihrer Schwierigkeit nicht unterschätzt werden. Beispielsweise hat sich die IG BAU gezwungen gesehen, ihr ursprüngliches Projekt einer wirklich europäisch arbeitenden Wanderarbeitergewerkschaft vorläufig zurückzustellen, weil sich keine außerdeutschen Partnergewerkschaften gefunden haben. Die Organisation konzentriert sich vorerst auf die Arbeit mit WanderarbeiterInnen in Deutschland (und Polen). Die kommenden Auseinandersetzungen über die Sitzverlagerung von Unternehmen und die drohenden Regelungen der ‚sozialen Dienstleistungen‘ sowie der internen Versetzungsmöglichkeiten in Unternehmen werden weitere Gelegenheiten zur Auseinandersetzung bieten, die nicht verfehlt werden dürfen. Frieder Otto Wolf [Freie Universität Berlin, Ex-MdEP] zur Verfassungswirklichkeit der EU:

Die EU hat sich in den 1980er Jahren grundlegend verändert. An die Stelle eines europäischen Ergänzungsprojektes zu den nationalen Sozialstaaten des Nachkriegsfordismus wird ein Projekt der ‚modernen Politik‘ durchgesetzt, das dem hayekianischen Grundgedanken einer entpolitisierten und entdemokratisierten ‚Wirtschaftsregierung durch Fachleute‘ folgt. Diese neoliberal geprägte transnationale EU-Struktur hat mit der Durchsetzung von Binnenmarkt, Einheitswährung und ‚Big-Bang‘-Erweiterung Fakten geschaffen, hinter die nicht mehr ohne größere Krisen und institutionelle Verwerfungen zurückgegangen werden kann. Ihr gegenüber ist Handlungsfähigkeit für Widerstand und Alternativen nur dadurch zu gewinnen, dass alle Möglichkeiten und Spielräume für eine Politisierung und zum Gegenhandeln genutzt werden. Das schließt durchaus auch die Aktivierung nationalstaatlicher Handlungszusammenhänge mit ein – allerdings nicht mit der Illusion von exklusiv ‚nationalen‘ Lösungswegen. Vorrangige Aufgaben werden darin liegen, - die ggw. bestehenden Defizite in der analytischen Rekonstruktion des Zusammenhanges zwischen dem herrschenden europäischen Politikmodell und den von ihm produzierten ‚Widersprüchen‘ und damit Handlungsmöglichkeiten zu überwinden (anstatt Handlungsmöglichkeiten immer nur empirisch aufzugreifen oder bloß voluntaristisch zu postulieren) und sich zugleich über gemeinsame europataugliche politische Konzepte zu verständigen, die nicht nur verwaschene Kompromisse zwischen als solchen inkompatiblen nationalstaatlichen Politikmustern darstellen.

Ergebnisse der Debatte:

Eine zentrale Aufgabe der zu führenden linken Europadebatte wird es sein, die falsche Alternative von Europa und Nationalstaat zu ‚dekonstruieren‘: Dafür ist es erforderlich, die grundlegende historische Wendung zu begreifen, durch die – mit der Einheitlichen Europäischen Akte (Gipfel von Mailand 1986) als zentralem Ereignis – die EWG von einem ‚fordistischen‘ Projekt der

Ergänzung nationaler Sozialstaaten in ein ‚neoliberales‘ Projekt der Transnationalisierung‘ moderner Politik‘ (à la Hayek) verwandelt worden ist. Damit wird im Namen der ‚Sachzwänge‘ der Marktgesetze jede politische Gestaltung und schon gar jede Art von demokratischer Intervention als zu vermeidende Störung definiert. Die Forderung nach sozialen Grundrechten wird damit von der Einlösung des Versprechens gleicher demokratischer Mitgestaltungsmöglichkeiten für alle gelöst, wie sie seit der Französischen Revolution die Debatte geprägt hat, und auf den Status einer funktionalen Ergänzung zur Vermeidung von Friktionen im Marktgeschehen reduziert („Sozialpolitik als „Investition, um den Verlust von Möglichkeiten zu verhindern“ (Ines Hofbauer 2007), während die ‚Unternehmerfreiheit‘ als Grundrecht fungiert (s. Grundrechtekatalog). Demgegenüber wird die Linke darauf insistieren müssen, auch in dem neuen Gebilde transnationaler Herrschaft die sozialen Voraussetzungen für demokratische nationale und regionale Gestaltungsmöglichkeiten zu erkämpfen. (Dabei bleibt weiter zu diskutieren, wie demokratische und soziale Kämpfe in Bezug auf dieses neue Gebilde miteinander zu verknüpfen sind. Das schließt die Frage mit ein, welche Rolle nationale Abwehrkämpfe in diesen Auseinandersetzungen übernehmen können, wie sie etwa von den nordischen Linken als Priorität vorangetrieben werden.) Damit ist die EU geradezu zum Verstärker der ‚Zwänge‘ der kapitalistischen Globalisierung geworden. Weiter zu diskutieren ist die Frage, wie lange die EU-Strukturen dazu in der Lage sind, die ökonomischen und sozialen Spannungen auszuhalten, wie sie sich gerade aufgrund der zentralen Erfolge der neoliberal geprägten EU (Binnenmarkt, Euro, Stabilitäts- und Wachstums-Pakt, Big-Bang-Erweiterung) ergeben und welche Krisenpotenziale und Degradationsformen darin enthalten sind. Das zentrale Problem dieser EU-Struktur liegt genau in ihrem hayekianischen Charakter: Die Entdemokratisierung und Entpolitisierung zentraler Entscheidungsprozesse zu einem schleichenden Legimitätsverlust, der nicht auf Dauer dadurch verdeckt werden kann, dass demokratische Entscheidungen möglichst vermieden oder umgangen werden (wie dies ggw. mit dem ‚Reformvertrag‘ versucht wird). Die Frage der ‚Europäisierung‘ bzw. der Abgabe von Souveränitätsrechten ist demgemäß nicht losgelöst von der Charakteristik dieses neuen Gebildes europäischer Politik zu stellen, das neoliberal und autoritär geprägt ist:

Etwa im Hinblick auf die Kommunalpolitik wirkt die ‚Europäisierung‘ der Beschaffungs- und Beihilfenpolitik als ein Instrument der Zerstörung kommunaler Demokratie und regionaler Handlungsmöglichkeiten. Das Problem der Schaffung von Öffentlichkeiten für europäische Fragen muss von dem Gedanken einer zentralisierten und exklusiv ‚europäischen Öffentlichkeit‘ gelöst und auf allen Ebenen politischer Auseinandersetzung angegangen werden. Eine politische Willensbildung auf europäischer Ebene

setzt die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit voraus, die erst noch aufzubauen ist. Dies setzt voraus, dass eine gezielte und reflektierte Information und Strategiediskussion der wichtigsten demokratischen Institutionen über „Europa“ stattfindet. Weder der deutsche Bundestag noch die Landtage, erst recht nicht die Kommunen oder gar die Gewerkschaften verfügen über ein Informationssystem – über das gelegentliche Herrschaftswissen von an Zahl geringen europäischen Insidern hinaus – das auch nur als den zunehmenden Problemen angemessenes Frühwarnsystem bezeichnet werden könnte. Noch immer ist „Europa“ so etwas wie „Außenpolitik“, die man getrost den internationalen bzw. europäischen Experten und denen in der Administration überlassen darf. Diejenigen die nationale oder regional bedeutsame politische bzw. organisationspolitische Entscheidungen treffen sind mit diesen Informationen und strategischen Diskussionen in der Regel erst befasst, wenn die Entscheidungen in Brüssel und häufig auch im Europäischen Parlament entweder schon weitgehend gefallen oder so weitgehend vorstrukturiert sind, dass nur mehr in wenigen, gravierenden Punkten diskutiert und geändert werden können.

Ganz anders die Verbände auf der Kapitaleseite: In wichtigen Industriebereichen, im Energiebereich, den Agrariern und im Dienstleistungssektor mit Schwerpunkt Financial Services sind die Interessen gut organisiert und treiben effektiv mit hochbezahlten Experten und engem Kontakt zu den Beamten der Kommission ihre Partialinteressen voran. Diese sind auch gut in der Lage, auf den sie interessierenden Feldern nationale Debatten zu initiieren und mit der europäischen zu verknüpfen (siehe Klimapolitik und Automobilindustrie. Die schwierige Herausforderung liegt darin, die europäische Mehrebenenpolitik aus einer ‚Politikverflechtungsfalle‘ (Scharpf) in eine Demokratisierungschance zu verwandeln. Neben dem gezielten Ausbau eines eigenen, verbesserten Informationssystems über europäische Politik innerhalb der Linken, dem demokratisch-politischen System und den Gewerkschaften, kommt der grenzübergreifenden Verstärkung und Vernetzung alternativer Politikzusammenhänge eine entscheidende Bedeutung zu, wofür eine gezielte Professionalisierung der Netzbildung erforderlich wird. Dabei können derartige Verbindungen für die alternative Politik in Deutschland als ein Frühwarnsystem funktionieren. Zugleich kann durch bessere Kommunikation erreicht werden, dass aus den Erfahrungen und dem Debattenstand anderer ohne schematische Übernahmen gelernt werden kann (Komplementarität).

Die Auseinandersetzung über die Dienstleistungsrichtlinie hat diesen neuen Charakter der EU zum ersten Mal zum Gegenstand demokratischer Debatten in Deutschland gemacht. Zum ersten Mal hat der Bundestag sich nicht mit einer Richtlinie nach ihrer Verabschiedung im EP befasst, sondern vorher in die Diskussion eingegriffen. Die wenigen Fortschritte wären ohne eine demokratische Debatte, die in der Zivilgesellschaft und vor allem bei den Gewerkschaften stattfand nicht möglich gewesen. Ohne die Rückendeckung

durch die kritische Diskussion auf der europäischen Ebene in Belgien und Frankreich sowie den Niederlanden aber auch in Österreich wäre aber auch die deutsche Debatte von vornherein auf verlorenem Posten gestanden.

Es stellt daher eine nicht zu verpassende Gelegenheit dar, die Auseinandersetzungen über die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie als ein zentraler Deregulierungs-, Entpolitisierungs- und Entdemokratisierungsprozess, der faktisch die Gesamtheit der Rechtsordnungen aller Mitgliedstaaten auf den Prüfstand der Marktkompatibilität stellt, dafür zu nutzen,

- an exemplarischen konkreten Fragen das Konfliktpotenzial zwischen dieser Art von Europäisierung und bestehenden demokratischen Errungenschaften herauszuarbeiten;
- in Deutschland einen anderen Mitgliedstaaten vergleichbaren Stand an europapolitischer Diskussion der Linken und Gewerkschaften zu erreichen;
- die europapolitische Handlungsfähigkeit deutscher Organisationen und Institutionen entscheidend zu verbessern, also etwa das Zusammenspiel von DGB, Einzelgewerkschaften und europäischen Netzwerken und Strukturen;
- auf dieser Grundlage ist europapolitische Kompetenzentwicklung auch zum Gegenstand gewerkschaftlicher Bildungsarbeit zu machen;
- offen blieb die Frage, was dies für die parteipolitischen Netzwerke in Deutschland und europaweit bedeutet.

Die sich gegenwärtig vollziehende Veränderung in der europapolitischen Haltung der deutschen Gewerkschaften, die damit beginnen, den ‚Reformvertrag‘ der EU kritisch zu diskutieren, ist in diesem Sinne voranzutreiben und zu verstärken.

Das ‚Forum Neue Politik der Arbeit‘ sollte nach Möglichkeiten suchen, diese Art von Diskussionen weiterzuführen und dabei den Austausch zwischen Gewerkschaftszusammenhängen und WissenschaftlerInnengruppen zu verstärken, die in Deutschland oder in anderen Mitgliedstaaten an dieser Problematik arbeiten. Als Ziel wäre anzustreben, eine auf längere Sicht stabile ‚Think area‘ als Vorstufe zu entsprechenden *Think tanks* aufzubauen. Der Vorstand wird sich weiterhin darum bemühen, die materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen und bittet um entsprechende Unterstützung.

gez. Dieter Scholz, Andreas Wehr, Frieder Otto Wolf